



- PLANZEICHENERKLÄRUNG**
- Gewerbegebiet GE Überbaubare Fläche
 - Industriegebiet GI Überbaubare Fläche
 - Baugrenze
 - Pflanzsystem der Nutzungsschablone
 - Baumstammzahl
 - Gewerbegebiet GE
 - Industriegebiet GI
 - Zahl der Vollgeschosse
 - Grundflächenzahl
 - Geschöflächenzahl
 - Straßenverkehrsfläche
 - Öffentliche Parkplätze
 - Sichtdreiecke
 - Straßenbegrenzungslinie
 - Zugangs- und Zufahrtverbot mit Einfriedigungspflicht
 - Lischwasser - Zisterne
 - 20 kV - Leitung mit Sicherheitsabstand
 - Grenze Wasserschutzzone III/Wasserwerk Hiesbusch
 - pfg - Pflanzgebiet mit Pflanzbindung
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN**
- 1. Art und Maß der baulichen Nutzung
 § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauVO
 Grundflächenzahl GfZ 0,8
 Geschöflächenzahl GfZ 12
 Zahl der Vollgeschosse Z II als Höchstgrenze
 Wohnungen für Aufsichts- und Betriebschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter sind ausnahmsweise zugelassen gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauVO.
 - 1.2 Industriegebiet GI gemäß § 9 und 17 BauVO
 Grundflächenzahl GfZ 0,8
 Baumstammzahl BmZ 12
 Gebäudehöhe maximal 20 m über gewachsenen Boden.
 Nicht zulässig sind gemäß § 9 Abs. 5 BauVO die Errichtung und der Betrieb von Anlagen, die gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 BauVO, Bundesgesetzblatt I S. 721 in Verbindung mit § 2 der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG vom 19. 7. 75, Bundesgesetzblatt I S. 499 einer Genehmigung bedürfen.
 Wohnungen für Aufsichts- und Betriebschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter sind ausnahmsweise zugelassen gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 BauVO.
 - 2. Flächen für Stellplätze und Garagen
 § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauVO
 Die notwendigen Stellplätze für Betriebsabgabehilfen sind auf den Baugrundstücken anzulegen. Garagen sind unter Einhaltung eines Mindestabstandes von 3,5 m von der Straßenbegrenzungslinie anzuordnen.
 - 3. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung
 § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauVO
 Innerhalb der Sichtdreiecke ist jede Nutzung unzulässig, die die Sicht oberhalb 0,50 m über Fahrbahnoberkante bei der Straßen versperrt.
 - 4. Verkehrsflächen
 § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauVO
 Zwischen dem südlichen Bogen der Planstraße und der Durchfahrtsstelle an der L 134 wird entlang kürftiger Grundstücksgrenzen eine Fußgängerverbindung von 3,0 m Breite festgesetzt. Am südlichen Ende des Fußweges ist eine Fußgängerchausee einzubauen.
 - 5. Anschließ der Grundstücke an die Verkehrsflächen
 § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauVO
 - 5.1 Entlang des Wirtschaftsweges Parzelle 53, der B 6 und der L 134 einschließlich der Sichtwinkel wird auf den Baugrundstücken ein Zugangs- und Zufahrtverbot mit Einfriedigungspflicht festgesetzt.
 - 5.2 Die Breite der notwendigen Ein- und Ausfahrten zu den Baugrundstücken wird bei Richtungsstrennung mit maximal 6 m, ohne Richtungsstrennung mit maximal 10 m festgesetzt.
 - 6. Das Anpflanzen von Bäumen und Strüchern
 § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Nr. 16 BauVO
 - 6.1 Auf den im Plan eingetragenen Flächen sind standortgemäße Gehölze anzupflanzen und in einer Mindesthöhe von 2,0 m dauerhaft zu erhalten. Ausgenommen von dieser Festsetzung sind die notwendigen Ein- und Ausfahrten zu den Baugrundstücken.
 - 6.2 Entlang der südlichen Grenzen der kürftigen Grundstücke sind 3,0 m breite Pflanzstreifen anzulegen und mit standortgemäßen Gehölzen zu bepflanzen, die in einer Mindesthöhe von 2,0 m ständig zu erhalten sind.

Bebauungsplan Nr. 17 „GEWERBEGEBIET AN DER B 6“
 Gemeinde HAGEN
 Landkreis WESERMÜNDE

1.) Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
 Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.
 den
 Katasteramt
 (L.S.)

2.) Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet vom Architekturbüro Dipl.-Ing. Kurt Schulze-Herrings und Erwin Gerding, Architekten BDA, 286 Osterholz-Scharmbeck, Bredestraße 11.
 Osterholz-Scharmbeck, den 15. 12. 1975
 GE. A. 26.8.1975, 15.12.1975

 3.) Der Rat der Gemeinde HAGEN hat in seiner Sitzung am 23. 11. 1975 den Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung beschlossen.
 Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden gem. § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes (BauG) vom 23. 6. 1960 (BBl. I S. 341) ortsüblich durch
 Veröffentlichung in am
 Aushang vom 21. September 1975 bis 20. Oktober 1975 bekanntgemacht.
 Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung vom 23. 11. 1975 bis 20. 10. 1975 öffentlich ausliegen.
 HAGEN

 4.) Der Rat der Gemeinde HAGEN hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 19. 04. 1975 nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen - gem. § 10 BauG als Satzung und Begründung beschlossen.
 HAGEN

 5.) Der vom Rat der Gemeinde HAGEN beschlossene Bebauungsplan wird hiermit nach § 11 BauG gemäß der Verfügung 214 unter Auflagen/Nachgaben vom heutigen Tage genehmigt.
 Stade, den
 Der Regierungspräsident in Stade
 In Auftrage
 (L.S.)

6.) Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes sind am 23. 11. 1975 gemäß der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen der Gemeinden und Landkreise in amtlichen Verkündungsblättern vom 20. 12. 1971 (Wiener, GVBl. S. 372) bekanntgemacht worden.
 Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung gem. § 12 BauG vom bis öffentlich ausgelegt.
 HAGEN
 den
 (L.S.)



Bebauungsplan Nr. 5 „GEWERBEGEBIET“
 Gemeinde BRAMSTEDT
 Landkreis WESERMÜNDE

1.) Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
 Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.
 den
 Katasteramt Wesermünde

 2.) Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet vom Architekturbüro Dipl.-Ing. Kurt Schulze-Herrings und Erwin Gerding, Architekten BDA, 286 Osterholz-Scharmbeck, Bredestraße 11.
 Osterholz-Scharmbeck, den 15. 12. 1975
 GE. A. 26.8.1975, 15.12.1975

 3.) Der Rat der Gemeinde BRAMSTEDT hat in seiner Sitzung am 24. 09. 1975 den Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung beschlossen.
 Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden gem. § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes (BauG) vom 23. 6. 1960 (BBl. I S. 341) ortsüblich durch
 Veröffentlichung in am
 Aushang vom 2. 09. 1975 bis 20. 09. 1975 bekanntgemacht.
 Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung vom 2. 09. 1975 bis 20. 09. 1975 öffentlich ausliegen.
 BRAMSTEDT

 4.) Der Rat der Gemeinde BRAMSTEDT hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 24. 09. 1975 nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen - gem. § 10 BauG als Satzung und die Begründung beschlossen.
 BRAMSTEDT

 5.) Der vom Rat der Gemeinde BRAMSTEDT beschlossene Bebauungsplan wird hiermit nach § 11 BauG gemäß der Verfügung 214 unter Auflagen/Nachgaben vom heutigen Tage genehmigt.
 Stade, den 19. 10. 1975
 Der Regierungspräsident in Stade
 In Auftrage
 (L.S.)

6.) Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes sind am 19. 10. 1975 gemäß der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Satzungen der Gemeinden und Landkreise in amtlichen Verkündungsblättern vom 20. 12. 1971 (Wiener, GVBl. S. 372) bekanntgemacht worden.
 Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung gem. § 12 BauG vom 19. 10. 1975 bis 20. 10. 1975 öffentlich ausgelegt.
 BRAMSTEDT
 den 23. September 1975
 (L.S.)